

# Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

GELNHÄUSER TAGEBLATT / LOKALES / MAIN-KINZIG-KREIS / GELNHAUSEN

Gelnhausen

09.02.2016

## CDU sucht 15 Millionen Euro



### **POLITIK Flüchtlinge im Kreis: Christdemokraten fordern Kostentransparenz und höhere Tagessätze**

MAIN-KINZIG - (az). Die CDU fordert mehr Transparenz bei den Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen im Main-Kinzig-Kreis. Der Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Landtagsabgeordneter Michael Reul, stört sich vor allem an der Aussage von Landrat Erich Pipa (SPD), dass von den 940 Euro, die der Kreis jeden Monat vom Land pro Person erhält, 800 Euro in den Finanzhaushalt des Kreises fließen würden, um den eigenen Aufwand zu

decken. "Der Landrat muss Transparenz in die Pauschale schaffen, damit jeder erkennen kann, ob sie auskömmlich ist oder nicht", so Reul. Und: "Die Finanzierung der Flüchtlingsversorgung darf in keinem Fall zulasten der Kommunen gehen."

Die Kreisspitze hatte Ende Januar auf einer Pressekonferenz verkündet, dass die Kommunen im Main-Kinzig-Kreis in diesem Jahr insgesamt 7,8 Millionen Euro mehr für die Aufnahme von Flüchtlingen erhalten. Zuvor hatte die Landesregierung die monatliche Kostenerstattung an den Kreis von 652,20 Euro auf 940 Euro pro Flüchtling erhöht. Angesichts von derzeit 4340 Flüchtlingen erhalte der Kreis allerdings durch diese 45-prozentige Erhöhung zirka 15 Millionen Euro mehr, rechnet Reul vor. Zudem seien dem Kreis aus einem Ausgleichstopf der Landesregierung weitere 7,7 Millionen Euro als Erstattung für Ansprüche aus der Vergangenheit zugesprochen worden.

### Überschuss für Kommunen

Reul will jetzt wissen: "Welche Kosten hat der Main-Kinzig-Kreis denn eigentlich?" Sollte angesichts der Pauschale von 940 Euro nämlich ein Überschuss bestehen, stünde dieser den Kommunen zu. Zumal dort möglicherweise noch weitere Kosten schlummern würden. Landrat Pipa habe nämlich alle Bürgermeister aufgefordert, Sonderkonten einzurichten und alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit Flüchtlingen stehen, darüber zu verbuchen. "Da kommt noch die Stunde der Wahrheit", sei laut CDU-Fraktionsgeschäftsführer Manfred Hendel den Kreistagsabgeordneten bisher nicht bekannt, welche Beträge dort noch anfallen könnten. Die Landesregierung werde diese Sonderkonten in jedem Fall nicht ausgleichen, das könne nur der Kreis übernehmen.

"Es fehlt die Transparenz in der finanziellen Darstellung", fordert Reul daher Landrat Pipa auf, genau zu veröffentlichen, welche Kosten der Main-Kinzig-Kreis tatsächlich habe. Sein Verdacht: Der Kreis hat die Kostenerstattung für die Vorjahre (7,7 Millionen) jetzt als Erhöhung an die Kommunen (7,8 Millionen) weitergegeben und die 15 Millionen Euro, die durch Anhebung der Flüchtlingspauschale auf 940 Euro zusätzlich vom Land kommen, im eigenen Kreishaushalt verbucht. Ein Teil der Erstattung aus den Vorjahren stünde allerdings auch den Städten und Gemeinden zu, da dort ja auch Kosten angefallen seien.

Angesichts dieser Zahlen fordert Reul daher jetzt schon eine Anhebung der Tagessätze von derzeit zehn Euro pro Flüchtling. "Offenbach zahlte beispielsweise schon vor der Erhöhung der Pauschale auf 940 Euro einen Tagessatz von 12,50 Euro", so Reul. Zuvor sei allerdings eine Offenlegung aller Berechnungen notwendig. Dazu gehören laut Reul neben den 352 Euro, die jeder Flüchtling erhält, unter anderem auch die Ausgaben für Mieten, Nahrungsmittel, die Erstausrüstung der Einrichtungen und die medizinische Versorgung.

### Anzeige

## 7 Fakten über den Verkehr von heute und morgen



Teilen statt nutzen ist nicht der einzige Trend, der die Mobilität immer stärker prägt. Auch für Radfahrer und den ÖPNV ändern sich die Rahmenbedingungen — mit überraschenden Ergebnissen.

[zum Artikel](#)